

Sven Freiwald

Die private Vervielfältigung im digitalen Kontext am Beispiel des Filesharing



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 2004

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
Teil 1 Filesharing – technische Grundlagen und wirtschaftliche Auswirkungen	13
A. Einführung	13
B. Datenkomprimierung und schnelle Internetzugänge als Voraussetzung für den Datenausch	15
I. Komprimierungstechniken	15
1. Audiokomprimierung	15
2. Videokomprimierung	19
II. Schnelle Internetzugänge: DSL & Co.	20
III. Zwischenergebnis	22
C. Technische Grundlagen des Filesharing	22
I. Zentralisierte Filesharingnetze	26
II. Dezentrale Filesharingnetze	28
III. Mischsysteme	30
D. Rechteinhaber gegen Nutzer: Interessenverteidigung mit allen Mitteln	32
E. Zwischenergebnis	34
F. Ökonomische Aspekte des Filesharing	35
I. Filesharing und CD-Brennen als Ursache für rückläufige Umsätze – Die Sicht der Unterhaltungsindustrie	35
II. Andere Ursachen	37
G. Zwischenergebnis	42
Teil 2 Rechtliche Grundlagen der Vervielfältigung zum privaten Gebrauch	43
A. Urheberrecht als „geistiges Eigentum“	43
B. Die Sozialbindung des „geistigen Eigentums“	43
I. Verwertungsrechte und Urheberrechtsschranken	44
II. Die Reichweite von Schrankenregelungen	44
1. Extensive Auslegung von Schrankenbestimmungen	44
2. Grundsätzlich enges Verständnis	45

3.	Vermittelnde Ansicht: Abwägung der sich gegenüber stehenden Grundrechtspositionen	45
4.	Zur Informationsfreiheit als Argument einer weiten Auslegung	47
III.	Die Auslegung von Schrankenbestimmungen im digitalen Kontext	47
C.	Das Vervielfältigungsrecht des Urhebers	49
D.	Die Schranke der Vervielfältigung zum privaten Gebrauch als Einschränkung des Vervielfältigungsrechts	53
I.	Überblick	53
II.	Die gesetzliche Entwicklung der privaten Vervielfältigung	54
1.	Die private Vervielfältigung in LUG / KUG	54
2.	Die Reaktion der Rechtsprechung auf das Voranschreiten der technischen Entwicklung	55
3.	Private Vervielfältigung gegen Vergütung: Der Entwurf zum UrhG 1965	55
a)	Fehlende Kontrollierbarkeit der Vervielfältigung zum privaten Gebrauch	57
b)	Die Unverletzlichkeit des häuslichen Bereichs	58
c)	Keine Privilegierung der Privatsphäre als solche	59
4.	Der Vergütungsanspruch des Urhebers als Ausgleich für die Privatkopie	61
5.	Das Urheberrechtsänderungsgesetz von 1985	62
a)	Das Aufkommen digitaler Techniken: Privates Vervielfältigungsverbot von Datenverarbeitungsprogrammen	63
b)	Kritik an der Regelung des § 53 Abs. 4 S. 2 UrhG a.F.	64
c)	Zwischenergebnis	65
6.	Das 2. Urheberrechtsänderungsgesetz	65
a)	Vervielfältigungsrecht und Ausnahmen bei Computerprogrammen	66
b)	Verbot der privaten Vervielfältigung von Computerprogrammen	68
c)	Begründung des Verbots in der Computerprogramm-Richtlinie	69
d)	Kritik	69
7.	Die EU-Datenbank-Richtlinie und deren Umsetzung	72
a)	Der Schutzgegenstand von Datenbanken und Datenbankwerken	72
b)	Das Vervielfältigungsrecht an Datenbankenwerken	74
(i)	Das Verbot der Vervielfältigung zum privaten Gebrauch von elektronisch zugänglichen Datenbankwerken	76
(ii)	Reichweite des Vervielfältigungsverbots nach § 53 Abs. 5 UrhG	77
c)	Das Verbot der Vervielfältigung von elektronisch zugänglichen Datenbanken	78

d)	Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Regelungen	79
e)	Die Begründung der Vervielfältigungsverbote	81
f)	Kritik an der Begründung	81
8.	Zwischenergebnis	83
9.	EU-Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft	84
a)	Überblick	84
b)	Recht der öffentlichen Wiedergabe und des öffentlichen Zugänglichmachens nach Art. 3 InfoRL	85
c)	Vervielfältigungsrecht des Urhebers gemäß Art. 2 InfoRL	87
d)	Schrankenregelungen der InfoRL	88
(i)	Überblick	88
(ii)	„Drei-Stufen-Test“ nach Art. 5 Abs. 5 InfoRL	90
(iii)	Schrankenregelungen und „gerechter Ausgleich“	91
(iv)	Vervielfältigungen auf Papier oder ähnlichen Trägern (Art. 5 Abs. 2 lit. a InfoRL)	92
(v)	Schranke der privaten Vervielfältigung (Art. 5 Abs. 2 lit. b InfoRL)	92
(1)	Vervielfältigung „auf beliebigen Trägern“: Der Streit um die digitale Kopie	93
(2)	Die Forderung nach einer Differenzierung zwischen analogen und digitalen Kopien – Konsequenzen für die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht	96
(3)	Digitale Privatkopie trotz „wirksamer technischer Maßnahmen“?	98
10.	Anpassung des deutschen UrhG – Das Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft	100
a)	Überblick	101
b)	Die Umsetzung der Schrankenbestimmungen	102
c)	Anpassung des § 52 Abs. 1 UrhG	102
d)	Anpassung des § 53 Abs. 1 UrhG	103
III.	Ergebnis	105
Teil 3	Internationale Entwicklungen	107
A.	Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ)	107
I.	Überblick	107
II.	Das Vervielfältigungsrecht nach Art. 9 RBÜ	108
III.	Der Drei-Stufen-Test in Art. 9 Abs. 2 RBÜ	109
1.	Bestimmte Sonderfälle	110
2.	Keine Beeinträchtigung der normalen Werkauswertung	110
3.	Keine unzumutbare Verletzung der Interessen des Urhebers	113
B.	Welturheberrechtsabkommen (WUA)	115

C. Rom-Abkommen	116
D. TRIPs-Übereinkommen	117
E. WIPO-Verträge	120
I. Überblick	120
II. WIPO Copyright Treaty (WCT)	120
III. WIPO Performances and Phonograms Treaty (WPPT)	123
Teil 4 Die Bewertung des Filesharing aus urheberrechtlicher Sicht	125
A. Einführung	125
B. Anbieterseite	126
I. Herstellen einer komprimierten mp3-Datei	126
1. Vervielfältigung im Sinne des § 16 UrhG	126
a) Komprimieren als Bearbeitung im Sinne des § 23 UrhG	126
b) Der Meinungsstand zum Verhältnis von Bearbeitung und Vervielfältigung	127
c) Erforderliche Veränderung des Originalwerks	128
2. Zwischenergebnis	129
II. Bereithalten eines Werkes zum Abruf	130
1. Besonderheiten beim Filesharing	130
2. Rechtliche Einordnung des Bereithaltens zum Abruf	131
3. Besonderheiten bei Datenbanken, Datenbankwerken und Software	134
III. Zwischenergebnis	135
IV. Eingreifen von Schrankenregelungen	135
1. Private Vervielfältigung nach § 53 Abs. 1 S. 1 UrhG	135
a) Erfordernis eines privaten Gebrauchszwecks	136
b) Alternative Deutung: Privilegierung des Gebrauchs in der Privatsphäre	136
c) Keine Privilegierung der Privatsphäre	138
d) Privater Gebrauchszweck beim Filesharing	140
2. Bereithalten von Werken zum Abruf und § 52 UrhG	141
V. Ergebnis auf Anbieterseite	142
C. Abnehmerseite (Downloading in Filesharingnetzen)	142
I. Download als Vervielfältigung	142
II. Download als Privatkopie nach § 53 Abs. 1 UrhG	143
1. „Vervielfältigender“ beim Download	143
2. Vorliegen eines privaten Gebrauchszwecks	145
3. Rechtmäßige Erlangung der Kopiervorlage	146
4. Keine private Vervielfältigung von einer „offensichtlich rechtswidrigen“ Vorlage	148

a)	Zur Auslegung des Merkmals „offensichtlich rechtswidrig“	150
b)	Offensichtliche Rechtswidrigkeit bei Filesharing-Börsen	151
c)	Exkurs: Offensichtliche Rechtswidrigkeit und die Umgehung technischer Maßnahmen, § 95 a UrhG	154
5.	Besonderheiten bei Software, Datenbanken, Datenbankwerken	155
6.	Die weiteren Tatbestandsmerkmale des § 53 Abs. 1 UrhG	156
D.	Haftung des Anbieters der Filesharing-Software	157
I.	Haftung für mittelbare Urheberrechtsverletzungen	157
1.	Die Rechtsprechung des BGH zur Veranstalterhaftung	158
2.	Die Rechtsprechung des BGH zur Haftung der Tonbandgerätehersteller	159
3.	Die „Möbelklassiker“-Entscheidung des BGH	162
II.	Haftungserleichterungen nach TDG	164
1.	Anwendbarkeit des TDG	164
2.	Anwendbarkeit der §§ 8 – 11 TDG n.F.	165
E.	Ergebnis	166
Teil 5	Bestandsaufnahme und Ausblick: Die erforderliche Anpassung des Gesetzes an die digitale Privatkopie	169
A.	Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	169
B.	Ist ein Verbot der digitalen Privatkopie angezeigt?	171
I.	Tendenzen in der Rechtsprechung zur einschränkenden Auslegung von Schrankenbestimmungen im digitalen Kontext	171
II.	Argumente gegen ein Verbot der privaten digitalen Vervielfältigung	174
1.	Unverändert fehlende Kontrollmöglichkeit der privaten Vervielfältigung	175
2.	Technische Schutzmaßnahmen zur individuellen Kontrolle: Kopierschutz und DRM	176
3.	Die Grenzen technischer Schutzmaßnahmen	178
4.	Zwischenergebnis	180
C.	Vergütungspflichtigkeit der privaten Vervielfältigung	181
I.	Das geltende pauschale Vergütungssystem	182
II.	Digitale Vervielfältigungsgeräte und -medien	183
III.	Erfassung von Internet und Filesharing auf Vergütungsebene	187
IV.	Zur Forderung individualisierter Vergütungsmodelle	189
V.	Anpassung des pauschalen Vergütungssystems an digitale Nutzungsformen	191
VI.	Erfordernis einer flexiblen Anpassungsmöglichkeit	193

D. Zum künftigen Verhältnis von technischen Schutzmaßnahmen und pauschaler Vergütung	195
I. Das Argument des Risikos einer „Doppelzahlung“	195
II. Abhängigkeit zwischen technischen Schutzmaßnahmen und pauschaler Vergütung	197
III. Zur künftigen Bedeutung der pauschalen Vergütungspflicht	198
E. Ergebnis	199
F. Ausblick: Gesetzliche Gewährleistung der Privatkopie de lege ferenda	200
Literaturverzeichnis	205

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Screenshot der Tauschbörse KaZaA.	25
Abbildung 2: Zentrales Filesharingnetzwerk	27
Abbildung 3: Dezentrales Tauschnetzwerk	29
Abbildung 4: Funktionsweise Digital Rights Management (DRM)	177